

Zukunft Baden-Württemberg – jetzt erst recht!

„Es fordert mehr Mut dazu, seine Meinung zu ändern, als ihr treuzubleiben“

(Friedrich Hebbel).

Energiepolitik:

1 Die JU Nordbaden begrüßt das von der Bundesregierung beschlossene Moratorium zur
2 Kernenergie. Dabei müssen Risiken ohne Vorbehalt überprüft und benannt werden. Sollte
3 sich durch den Stresstest herausstellen, dass bestimmte Sicherheitsstandards den aktuellen
4 Sicherheitsanforderungen nicht mehr entsprechen, spricht sich die Junge Union für eine
5 sofortige Stilllegung der betroffenen deutschen Kernkraftwerke aus. Für die acht bisher vom
6 Netz genommenen Atommeiler sieht die Junge Union mittelfristig keine Zukunft mehr.
7 Daher fordert die Junge Union die Bundesregierung auf, ein neues Energiekonzept
8 vorzulegen, welches einen schnelleren und auf absehbare Zeit zu realisierenden Ausstieg aus
9 der Atomenergie aufzeigt.

10 Die zukünftige Energiepolitik des Landes muss an den drei Säulen Sicherheit,
11 Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit ausgerichtet sein. Die JU Nordbaden spricht sich
12 für einen schnelleren Ausbau alternativer Energieformen aus. Wasserkraft, Windkraft,
13 Geothermie, Biomasse und Solarenergie sowie Maßnahmen, die den Energieverbrauch
14 senken ohne die Lebensqualität und Wettbewerbsfähigkeit in Baden-Württemberg zu
15 reduzieren, begrüßen wir ausdrücklich. Zur Sicherung der Grundlast gehören Kohle- und
16 Erdgasenergie mittelfristig jedoch auf jeden Fall zum Energiemix dazu. Auch der Ausbau von
17 Leitungsnetzen spielt hierbei eine große Rolle. Bei der Standortwahl ist des Weiteren zu
18 berücksichtigen, dass sowohl Effizienz als auch Einwirkungen auf Umwelt und Landschaft
19 bedacht werden.

20 Um die Erforschung erneuerbarer Energien zu forcieren, sollten die Forschungsmittel an den
21 Hochschulen und Instituten des Landes deutlich erhöht werden.

Innere Sicherheit:

22 Baden-Württemberg ist neben Bayern das sicherste Bundesland Deutschlands. Es muss alles
23 getan werden, dieses Sicherheitsniveau zu halten. Dazu gehört unabdingbar Vertrauen und
24 Unterstützung für unsere Polizei, die tagtäglich hervorragende Arbeit im Dienste der
25 Allgemeinheit leistet.

26 Zur Wahrung unserer Spitzenposition fordern wir eine stärkere Polizeipräsenz vor Ort, keine
27 Kürzungen von Personal und Dienststellen sowie Videoüberwachung an besonderen
28 Brennpunkten und Kriminalitätsschwerpunkten. Dies gilt auch für öffentliche Einrichtungen
29 wie Sportplätzen, Haltestellen und auch Schulen, wenn die Schulgemeinschaft dies wünscht.

30 Eindeutig spricht sich die Junge Union Nordbaden gegen eine namentliche Kennzeichnung
31 von Polizisten im Einsatz aus da insbesondere Einsätze gegen Extremismus und das
32 organisierte Verbrechen die Familien und Kinder der Polizisten massiv gefährden.

33 Angriffe auf Polizisten in verbaler oder tätlicher Form müssen strafrechtlich stärker verfolgt
34 werden und dürfen unter keinen Umständen aus politischen Gründen unter den Teppich
35 gekehrt werden.

36 Der Landesverfassungsschutz muss extremistische Organisationen weiterhin beobachten,
37 gleich welcher politischer Richtung. Dabei sollte insbesondere die Beobachtung der Partei
38 Die Linke, der Antifa, der NPD sowie islamistischer Extremisten fortgesetzt werden.

Bildungspolitik:

39 Erfolgreiche Bildung beginnt im Kindergarten. Daher fordern wir eine bessere fachliche und
40 pädagogische Ausbildung von Erziehern. Dazu gehört auch ein verbindlicher Bildungsplan für
41 die Kindergärten, in dem festgelegt wird, welche Kompetenzen die Kinder erlernen sollen.
42 Dieser muss regelmäßig überprüft werden und finanzielle Konsequenzen haben.

43 Allerdings ist festzuhalten, dass erfolgreiche und individuelle Erziehung nicht ohne aktives
44 Engagement und Einsatz der Eltern erreicht werden kann. Die JU fordert vor daher den

45 Ausbau von Ganztagesangeboten an Kindergärten, Grundschulen und weiterführenden
46 Schulen.

47 Ausdrücklich lehnt die Junge Union Nordbaden eine Zwangsganztagsbeschulung, wie sie
48 Grüne und ihr Juniorpartner SPD nach sozialistischem Vorbild fordern ohne die Eltern
49 einzubeziehen, ab.

50 Die JU spricht sich explizit für die Beibehaltung der Grundschulempfehlung in ihrer
51 bisherigen Form aus. Eine Abschaffung von Kopfnoten und eine Ersetzung anderer Noten
52 durch nichtssagende Beurteilungssätze wie von der neuen Landesregierung angedacht ist als
53 leistungsfeindlich abzulehnen.

54 Eine Zusammenlegung der verschiedenen Schularten, egal unter welchem vorgeschobenen
55 Namen, lehnen wir konsequent ab. Die kommunistische Idee der Einheitsschule entspricht
56 nicht den demokratischen Ansätzen und der individuellen Förderung, die in Baden-
57 Württemberg das erfolgreichste deutsche Schulsystem begründet, sondern ähnelt eher dem
58 Gedankengut Margot Honeckers. Eine Einheitsschule bietet jedem das gleiche, aber keinem
59 das richtige und kombiniert in einzigartiger Weise Über- und Unterforderung von Schülern.

60 Inhaltlich ist in den Schulen darauf zu achten, dass die Kernkompetenzen Deutsch,
61 Mathematik und Naturwissenschaften täglich unterrichtet werden.

62 Die Forderung der Grünen, sich stärker an den führenden Pisa-Nationen (z.B. Südkorea,
63 Hongkong) zu orientieren, gilt es zu hinterfragen, da sich die baden-württembergische
64 Lernkultur bisher durch Rücksichtnahme auf Individualität getreu dem Motto „fördern und
65 fordern“ auszeichnet.

66 Des Weiteren fordern wir eine Beibehaltung von Berufskollegen, Wirtschaftsgymnasien,
67 Technischen Gymnasien etc., die es jedem ermöglichen, den für sich optimalen
68 Schulabschluss auch auf dem zweiten Bildungsweg zu erreichen. Die führende Rolle Baden-
69 Württembergs auf diesem Sektor darf nicht gefährdet werden.

70 Unmittelbar zum Bereich der Bildung gehört auch das Thema Integration. Unabdingbar ist
71 hierbei das Beherrschen der deutschen Sprache. Dies sollte verpflichtend bei allen
72 Vierjährigen, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, getestet werden. Bei erkennbaren
73 Defiziten muss eine zusätzliche Schulung verpflichtend werden. An den Kosten sollten sich
74 die Eltern beteiligen. Wer an dieser Schulung nicht teilnimmt oder keine Verbesserungen
75 vorweisen kann, hat mit Leistungskürzungen zu rechnen.

76 Die Junge Union Nordbaden freut sich über alle Menschen, egal welcher Herkunft oder
77 Religion, die sich in unsere offene demokratische Gemeinordnung einbringen wollen. Dazu
78 gehört für uns die deutsche Sprache, die uneingeschränkte Akzeptanz des Grundgesetzes
79 (z.B. Art. 3 II GG: Gleichberechtigung von Mann und Frau) und die damit untrennbar
80 verbundene Anerkennung der jüdisch-christlich-abendländischen Werte. Allerdings zwingen
81 wir niemanden, der diese Werte ablehnt, in unserem Land zu leben.

82 In diesem Zusammenhang, auch als Zeichen an die große Mehrheit der integrationswilligen
83 Muslime, fordern wir die Einführung von Islamunterricht als Äquivalent zum
84 Religionsunterricht in deutscher Sprache von an deutschen Hochschulen ausgebildeten
85 Religionslehrern und –lehrerinnen nach Vorgaben eines noch vom Kultusministerium zu
86 erstellenden Bildungsplans. Voraussetzung hierfür ist das Vorhandensein einer
87 ausreichenden Zahl an Teilnehmern an den jeweiligen Schulen. Auch über die Einführung
88 von alevitischem Religionsunterricht lohnt es sich nachzudenken.

Hochschulpolitik:

89 In Hinsicht auf Qualitätssicherung und Betreuungsverhältnisse an den Hochschulen halten
90 wir es für schädlich, die Hochschulgebühren aus populistischen Motiven abzuschaffen. Die in
91 Deutschland einzigartige Forschungslandschaft Baden-Württembergs mit vier der insgesamt
92 neun deutschen Elite-Hochschulen sehen wir dadurch gefährdet. Allerdings sollte für jeden
93 die Möglichkeit bestehen, die Studiengebühren nachgelagert zu entrichten sobald ein
94 gewisses Einkommen erreicht ist. Eine Befreiung von Studiengebühren anhand der Kinder-,
95 bzw. Geschwisteranzahl lehnen wir ab. Es kann nicht sein, dass das einzige Kind eines

96 Busfahrers Studiengebühren entrichten muss, das Kind eines grünen Ministerpräsidenten
97 oder eines Investmentbankers allerdings nicht, weil es zwei Geschwister hat.

98 Ausländische Studierende, die nach dem Studium wieder in ihr Heimatland zurückkehren,
99 sollten sich mit deutlich höheren Beiträgen an der Finanzierung ihres Studiums beteiligen.

100 Wir distanzieren uns deutlich von grün-roten Gutmenschen-Phantasien hinsichtlich der Rolle
101 der Allgemeinen Studierendenausschüsse oder gar einer verfassten Studierendenschaft.
102 Mitsprache der Studenten bleibt wie bisher wichtig, diese sollte sich jedoch auf
103 Angelegenheiten der Hochschule beschränken. Von Äußerungen zu allgemein politischen,
104 nicht mit der Hochschule verbundenen Themen sollten die Allgemeinen
105 Studierendenausschüsse als Hochschulorgane Abstand nehmen. Weiterhin lehnen wir eine
106 Erhöhung der Mittel durch Zwangsbeiträge oder Steuerzuweisungen ab, da diese oftmals für
107 fragwürdige Veranstaltungen (Sexseminare, Kuba-Reisen etc.) zweckentfremdet werden.

Innerparteiliche Strukturen

108 Um die Zukunftsfähigkeit der CDU noch weiter zu erhöhen ist es notwendig, die einzelnen
109 Mitglieder stärker zu beteiligen und basisdemokratische Elemente einzuführen. So sollte
110 allen Mitgliedern ein Rederecht auf Parteitagungen eingeräumt werden. Des Weiteren ist darauf
111 zu achten, dass auf allen Ebenen der Partei (Delegierte, Vorstände der verschiedenen
112 Ebenen, Vorstände von Vereinigungen, Präsidium) maximal 30% Funktionsträger (Minister,
113 Staatssekretäre, Abgeordnete, Landräte etc.) sitzen. Die CDU Baden-Württemberg muss sich
114 als Landesverband auch organisatorisch neu aufstellen. Die Struktur der
115 Landesgeschäftsstelle sowie der Bezirksgeschäftsstellen muss neu überdacht werden.
116 Verbindungspersonen zu den einzelnen Politikebenen sind ebenso unabdingbar wie die
117 Institution eines ehrenamtlichen Generalsekretärs, der die politischen Richtlinien des
118 Landesverbandes festlegt.

119 Auch sollte bei Parteitagungen darauf geachtet werden, den Großteil der Zeit mit inhaltlicher
120 Arbeit zu erfüllen. Dazu ist es notwendig, Grußworte, Standpunktreden und
121 Organisatorisches auf ein Minimum zu beschränken.

122 Des Weiteren sollte versucht werden, kontroverse Themen auch kontrovers zu diskutieren
123 und Beschlüsse auf dem Parteitag zu fassen und nicht in andere Gremien zu verlagern.

124 Dabei ist es besonders wichtig, auch kommunale Entscheidungsträger (Bürgermeister,
125 Gemeinderäte, CDU- und JU-Vorsitzende) stärker einzubinden. Die CDU Baden-Württemberg
126 muss daher in Zukunft Landes- und Kommunalpolitik als Kehrseite ein und derselben
127 Medaille verstehen.

128 Für Funktionsposten in der Partei sollte ausschließlich Qualität entscheidend sein. Daher
129 lehnt die Junge Union Nordbaden Quoten in jeglicher Form (Alter, Herkunft, Geschlecht etc.)
130 ab.

